

Positionspapier der KPV

Konjunkturpakete von Bund und Land – schnell, effektiv und gerecht umsetzen

Unterstützung für Kommunen aller Ebenen in der Corona-Krise



Die Auswirkungen der Coronakrise gefährden die Finanzlage der Kommunen sowie die langfristige Investitionsfähigkeit vor Ort.

Die kommunalen Spitzenverbände in Bayern rechnen mit den größten Steuerausfällen seit dem zweiten Weltkrieg. Gleichzeitig sind die kommunalen Einnahmen vielerorts massiv zurückgegangen. Die langfristigen Investitionspläne der Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke sowie die Zukunftsfähigkeit der regionalen Wirtschaft sind zum Teil erheblich gefährdet.

Es muss jetzt schnell und unbürokratisch gehandelt werden.

„Der hohe Lebensstandard der Menschen ist insbesondere ein Verdienst der bayerischen Kommunen. Diese Lebensqualität vor Ort ist nun durch die Folgen der Coronakrise gefährdet. Dies müssen wir zusammen mit Bund und Ländern verhindern und gestärkt aus der Krise gehen.“

Die KPV der CSU fordert eine schnelle, effektive und gerechte Umsetzung der Konjunktur- und Krisenpakete von Bund und Land zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in Bayern. Unsere zentralen Forderungen haben wir für Sie hierzu kompakt zusammengefasst.

Ihr

Stefan Rößle

*Landesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV)
und Landrat von Donau-Ries*

Zukunftsfähige Stärkung der Kommunen in und nach der Coronakrise

1. Gewerbesteuerausgleich - gerecht und zeitnah umsetzen

Wir rechnen in diesem Jahr in Bayern mit deutlich über 2 Milliarden Euro an Gewerbesteuerausfälle durch die Coronakrise. Die fehlenden Gewerbe- und Einkommenssteuereinnahmen führen teilweise zu gewaltigen finanziellen Defiziten. Zugleich erwarten die Bürgerinnen und Bürger gerade in Krisenzeiten arbeitsfähige Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke. Die KPV begrüßt den „Kommunalen Solidarpakt 2020“ des Bundes, der die coronabedingten Gewerbesteuerausfälle der Kommunen in Bayern mit 1,1 Mrd. € kompensieren soll. Der Freistaat Bayern erhöht diese Summe um weitere 1,3 Mrd. €. So erhalten die Städte und Gemeinden in Bayern rund 2,4 Mrd. € als Ersatz für ihre fehlenden Gewerbesteuereinnahmen. Die KPV setzt sich dafür ein, dass der Solidarpakt zeitnah umgesetzt und möglichst gerecht verteilt wird. Wichtig ist, dass der Gewerbesteuerausgleich umlagefähig ist, so dass Landkreise und Bezirke finanziell mitbeteiligt werden. Wir empfehlen einen 1:1 Gewerbesteuerausgleich für die Kommunen, der sich aber maximal an dem umlagefähigen Nivellierungshebesatz orientiert. Sollten dabei nicht die gesamten 2,4 Mrd. € zur Auszahlung kommen, so sollen die restlichen Mittel über die Einkommenssteuerbeteiligung und ggf. über die Schlüsselzuweisungen an die Städte und Gemeinden verteilt werden.

2. Unterstützung für die Digitalisierung an Schulen und in den Verwaltungen

Die KPV begrüßt die Ankündigung des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder einen Schulgipfel durchzuführen. Lehrkräfte müssen durch den Staat ausreichend geschult und qualifiziert werden. Neben den Investitionen in eine moderne digitale Ausstattung brauchen die Kommunen dringend Unterstützung bei Pflege und Instandhaltung der Hard- und Software. Für die dafür notwendigen Personalkosten fordern wir dringend eine Unterstützung durch den Freistaat Bayern. Die KPV setzt sich ebenso für eine zielgerichtete Förderung zum Ausbau und der Verbesserung der digitalen Angebote in den Kommunalverwaltungen ein.

3. Investitionen - schnell und zukunftsfähig gestalten

Kommunen, Landkreise und Bezirke müssen auch nach der Coronakrise dauerhaft investitionsfähig und damit zukunftsfähig bleiben. Deswegen setzt sich die KPV für ein Investitionsbeschleunigungsgesetz ein, das bürokratische Hürden abbaut, Vergabeentscheidungen beschleunigt und kommunale Vergaben vereinfacht. Dies könnte unter anderem auch durch eine Aussetzung des EU-Schwellenwerts bei Vergaben oder eine Erhöhung der Wertgrenzen bei freihändigen Vergaben umgesetzt werden.

4. Ländliche und regionale Strukturen - dauerhaft und krisensicher unterstützen

Eine Förderung der ländlichen Räume und Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern sind klare Ziele der KPV, der CSU und der Bayerischen Staatsregierung. Die Coronakrise hat gezeigt, dass klein- und mittelständische Wirtschaftsstrukturen in der Fläche besonders betroffen sind. Gleichzeitig sind in Krisensituationen regionale Wirtschaftskreisläufe (z.B. aufgrund von Mobilitätseinschränkungen) zur Daseinsvorsorge enorm wichtig. Deshalb setzt sich die KPV dafür ein, dass die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur“ für ländliche Versorgungsstrukturen geöffnet werden soll, um die ländlichen bzw. regionalen Wirtschaftskreisläufe nachhaltig zu fördern.

5. Regionale Krankenhäuser und lokale Gesundheitsversorgung zukunftsfähig stärken

Auch die regionalen Krankenhäuser und die lokale Gesundheitsversorgung muss dauerhaft gesichert werden. In der Krise haben die kommunalen Krankenhäuser einmal mehr ihre systemrelevante Bedeutung für das Gesundheitssystem bewiesen. Die KPV fordert, die Finanzierung der Krankenhäuser langfristig sicherzustellen und zukunftsfähig durch Bund und Land zu fördern.

6. Wasserqualität dauerhaft erhalten - RZWas verlängern

Die hervorragende Trinkwasserqualität und der gute Zustand unserer Gewässer sind ein maßgeblicher Standortfaktor für die Lebensqualität der Menschen in Bayern. Zahlreiche Kommunen sanieren seit Jahren mühevoll ihre Infrastruktur für die regionale Wasserver- und Abwasserentsorgung. Die plötzliche Aussetzung der Förderung trifft die bayerischen Kommunen mitten in der Coronakrise hart und unvorbereitet. Die Kommunen brauchen bei der Erneuerung der kommunalen Wasser- und Abwasserinfrastruktur eine klare Unterstützung des Landes und langfristige Planungssicherheit. So setzt sich die KPV dafür ein, die Förderung der RZWas, der Richtlinie für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben, mindestens wie im ursprünglich zugesagten Umfang zu garantieren. Das Leben in ländlichen Regionen muss für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbar und dauerhaft attraktiv bleiben. Dies kann bei den anstehenden hohen Investitionskosten für den Erhalt der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur nur durch eine sichere Förderleistung gewährleistet werden.

7. Umlagesystem fortentwickeln und alle kommunalen Ebenen dauerhaft stärken

Wir begrüßen die zeitweise Senkung der Mehrwertsteuer zur Unterstützung unserer Wirtschaft und Stärkung unserer Konjunktur. Die KPV regt eine veränderte Aufteilung der Umsatzsteuer an, so dass auch den Landkreisen und Bezirken eine direkte Einnahmequelle zugutekommt. Das Umlageverfahren stößt an seine Grenzen und hat zahlreiche Nachteile offenbart. Deshalb sollten die Landkreise und Bezirke eine eigene und direkte Steuereinnahmequelle über die Umsatzsteuer erhalten, so könnten Kreis- und Bezirkumlagesätze gesenkt und Nachteile aus dem zeitlichen Bezug der Steuerkraftberechnung abgewendet werden. Die KPV setzt sich für eine gerechte und nachhaltige Unterstützung aller kommunalpolitischen Ebenen ein.

Kommunale Finanzkraft sichert Lebensqualität vor Ort

Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft wird durch die finanziellen Auswirkungen der Coronakrise dauerhaft auf die Probe gestellt. Der Bund, die Bayerische Staatsregierung und die Kommunen arbeiten weiterhin eng und zielorientiert zusammen, um die kommunale Finanzkraft, die Wirtschaft und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger im ganzen Land weiterhin zu sichern.